



**Arbeit und soziale Sicherung -  
Was steht auf der AGENDA?**

**Dokumentation**

**Studientag  
der Zentren Bildung  
und Gesellschaftliche Verantwortung  
der EKHN**

**18. Mai 2006 in Mainz**



# Vorwort

## Arbeit und Soziale Sicherung – Was steht auf der AGENDA?

Im Sitzungssaal des Stadthauses in Mainz trafen sich für einen Tag kirchliche MitarbeiterInnen aus verschiedenen Arbeitsfeldern mit Vertretern aus Politik, Arbeitsverwaltung und der IHK Mainz. Der Anstoß zu dieser Fachtagung war ursprünglich auch aus diesem Kreis gekommen. Erzieherinnen, Jugendreferenten, Fach- und ProfilstelleninhaberInnen für gesellschaftliche Verantwortung stellten immer häufiger fest, dass das Thema Arbeitslosigkeit und Armut als Folge von langanhaltender Erwerbslosigkeit oder prekärer, niedrig bezahlter Arbeit auch im kirchlichen, traditionell eher bürgerlichen Milieu angekommen ist und sich daraus neue Herausforderungen für die Arbeit in kirchlichen Einrichtungen ergeben.

Wie sich dies in der Alltagsarbeit z.B. mit Kindern, Jugendlichen und Eltern, aber auch mit Langzeitarbeitslosen äußert, wie schwierig der Umgang mit diesem oft von Scham und Angst besetzten Thema ist und welche Erfahrungen mit bestehenden Hilfsangeboten gemacht wurden, darum ging es in den Gesprächen sowohl auf dem Podium am Vormittag als auch in den Arbeitsgruppen am Nachmittag. Hier wurden konkrete Projekte vorgestellt und überlegt, wie sie an anderen Orten aufgegriffen und angepasst aber auch in Kooperation mit Kammern und Arbeitsverwaltung weiterentwickelt werden können.

Und das Ergebnis? Armut und Erwerbslosigkeit aus der Tabuzone holen und den betroffenen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen – das muss ein wesentliches Ziel der gemeinsamen Arbeit sein und insbesondere als kirchliches Anliegen verstärkt werden. Dazu gehört zunächst einmal, das Thema öffentlich und zu einer gemeinsamen Verantwortung zu machen.

Die vorgestellten Projekte tun wichtige Schritte in diese Richtung und wollen Sie anregen, das eine oder andere aufzugreifen und zu überlegen, wie es bei Ihnen vor Ort umgesetzt werden kann.

Die Beteiligten stehen als AnsprechpartnerInnen gerne zur Verfügung.



Leitungsteam v.l.:  
Vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung:  
Dr. Brigitte Bertelmann, Marion Schick.  
Vom Zentrum Bildung: Roberta Donath, Simone Reinisch.

# Die Veranstalterinnen

**Zentrum Bildung  
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau  
Erbacher Str. 17  
64287 Darmstadt**

Roberta Donath  
Fachberatung Kindertagesstätten in Nord- / Süd-Nassau  
Telefon: 06431 2174172  
E-Mail: [roberta.donath@ekhn-kv.de](mailto:roberta.donath@ekhn-kv.de)

Simone Reinisch  
Arbeit mit Kindern und Ehrenamt  
Telefon 06151 6690 113  
E-Mail: [reinisch@ev-jugend.de](mailto:reinisch@ev-jugend.de)

**Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung  
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau  
Albert-Schweitzer-Str. 113-115  
55128 Mainz**

Dr. Brigitte Bertelmann  
Wirtschafts- und Sozialpolitik  
Telefon: 06131 28744 44  
E-Mail: [b.bertelmann@zgv.info](mailto:b.bertelmann@zgv.info)

Marion Schick  
Arbeitslosenfragen  
Telefon: 06131 28744 51  
E-Mail: [m.schick@zgv.info](mailto:m.schick@zgv.info)

# Kurzbericht

## Arbeit und soziale Sicherung - Was steht auf der Agenda?

Studientag der Zentren Bildung und Gesellschaftliche Verantwortung  
am 18. Mai 2006 in Mainz

„Welches Bild vom arbeitenden Menschen liegt der Politik zugrunde?“ Mit dieser Frage richtete Dr. Brigitte Bertelmann den Blick auf den Arbeitsmarkt und seine Reformen. In ihrem Vortrag bei der Tagung "Arbeit und soziale Sicherung - was steht auf der Agenda?" kritisierte sie den einseitigen Fokus auf die Wirtschaftlichkeit zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit. Die Politik gestalte zuwenig, sinnvolle Rahmenrichtlinien würden nicht gesetzt, Strukturen blieben trotz Reformen unverändert.

Der gemeinsame Studientag der Zentren Bildung und gesellschaftliche Verantwortung, am 18. März in Mainz, setzte sich mit Auswirkungen von Armut und Arbeitslosigkeit auf die kirchliche Arbeit auseinander. Er wurde geleitet von Dr. Brigitte Bertelmann, Roberta Donath, Simone Reinisch und Marion Schick.

"Wenn wir von Arbeit reden, meinen wir Erwerbsarbeit", stellte die Volkswirtschaftlerin klar. Sämtliche staatliche Leistungsansprüche seien immer an die Erwerbstätigkeit gebunden. Wir müssen uns darüber verständigen, dass Arbeit, die heute nicht bezahlt wird, mehr als Wert geachtet wird. Das Modell des Grundeinkommens hält sie für eine ernstzunehmende Idee. Langfristig müssten wir uns auf eine andere Arbeitsgesellschaft einstellen und unser Bild vom arbeitenden Menschen ändern. Wertvolle Arbeit, wie Fürsorge, Pflege, Erziehung und Betreuung, die im familiären Bereich überwiegend von Frauen geleistet würde, sollte honoriert werden. „Wir haben heute Armut trotz Erwerbsarbeit“, sagte Dr. Bertelmann. Niedriglöhne seien Armutslohne, viele Vollerwerbsarbeitsplätze seien nicht mehr existenzsichernd.

Nach Angaben von Dr. Brigitte Bertelmann steigt die Produktivität der Wirtschaft. Wirtschaftskraft sei durchaus vorhanden, nur würden davon nur wenige profitieren. So sei in den letzten 15 Jahren das Einkommen aus Gewinn und 80 Millionen Arbeitsplätze abgebaut, die Reallöhne seien gesunken oder im besten Fall konstant geblieben. "Es ist nicht so, dass kein Geld da ist. Es ist nur nicht an der richtigen Stelle", sagte sie.

Es gelte zwischen langfristigen gesellschaftlichen Signalwirkungen und kurzfristigen Effekten zu unterscheiden. Reformprozesse wie Hartz IV dienten lediglich der Effizienzsteigerung und der Optimierung der Verwaltungsabläufe. Ein Instrument im Sinne der Betroffenen seien sie nicht. "Es wird so getan, als sei Arbeitslosigkeit ein Vermittlungs- und Motivationsproblem", kritisierte Dr. Bertelmann.

Walter Fries, Leiter der Arbeitsagentur Mainz bestätigte, dass sich an den Möglichkeiten in Arbeit zu vermitteln nichts geändert habe. "Wir haben ein gravierendes Defizit an Arbeitsplätzen", sagte er. Arbeitslosigkeit sei schon lange

kein Randthema mehr. Es treffe alle, auch die gut ausgebildeten Akademiker und Hochqualifizierten. Peter Hartz strebte zwei Millionen neue Arbeitsplätze an, davon sei bei Harzt IV weit und breit nichts zu sehen, merkte ein Teilnehmer an.

### **Was bedeuten die Arbeitsmarktreformen für die eigene Arbeit?**

Diese Frage stellte die Moderatorin Gudrun Neveling den Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern.

Dr. Gerhart Flothow von der IHK Mainz prüft in seiner Arbeit Unternehmensgründungsvorhaben. Hier stellt er eine veränderte Situation fest. Das Hauptmotiv, sich selbständig zu machen, sei heute die Arbeitslosigkeit.

Barbara Jacobs, Kindertagesstättenleiterin, weiß aufgrund einer internen Datenerhebung, mit wie wenig Geld Familien auskommen müssen. Ein hoher Anteil der Eltern könne die Elternbeiträge nicht mehr zahlen. Eine Teilnehmerin ergänzte, dass sich die Rolle der Erzieherin verändert habe. Begleitung von Eltern und Kindern in schwierigen Lebenssituationen sei gefragt, wofür es aber mehr personelle Ressourcen bräuchte.

In Gießen so berichtet Pfarrer Christoph Geist, liegt die Arbeitslosenrate bei 17%. Immer mehr Menschen würden auf dem normalen Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekommen. Um die kümmere sich dann die Jugendwerkstatt mit ihrem Angebot an Qualifizierung und Beschäftigung.

Die Rationalisierungswelle bei Opel in Rüsselsheim geht auch in der Kirchengemeinde nicht spurlos vorbei, erzählt Pfarrer Volkhart Guth. "Es gibt Verlierer und Gewinner, das Thema Arbeitslosigkeit ist mitten unter uns."



Von links: Pfarrer Volkhart Guth, Dekanat Rüsselsheim; Walter Fries, Leiter der Arbeitsagentur Mainz; Pfarrerin Gundel Neveling, Leiterin des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN und Moderatorin der Podiumsdiskussion

Am Nachmittag wurden in zwei Kleingruppen konkrete Projekte für die Arbeit mit Kindern, Eltern, Jugendlichen und Erwachsenen vorgestellt. Ein zentrales Thema war dabei die Vernetzung unter dem Motto "Kooperation statt Konkurrenz". Christoph Geist formulierte als Anspruch an Kirche: "Wir müssen die Lebenswirklichkeiten wahrnehmen und uns mit ihr auseinandersetzen? Wo brechen Lebenswelten auseinander? Wo isolieren sich Menschen mit ihren Problemen? Wo gehen uns Menschen verloren? - Da muss Kirche ran und ihre Kompetenzen einbringen."

*Veranstaltungsbericht und Fotos von Elke Heldmann-Kiesel / Zentrum Bildung der EKHN*

# Andacht

Liebe Anwesende,

ich bin Simone Reinisch vom Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung und begrüße Sie ganz herzlich auch im Namen meiner Kollegin Roberta Donath, vom Fachbereich Kindertagesstätten.

Zu einem Studientag der Evangelischen Kirche gehört ein geistlicher Impuls. Uns ist bewusst, dass das für einige TeilnehmerInnen aus dem nichtkirchlichen Bereich ungewöhnlich sein kann.

Deshalb laden wir Sie ganz besonders herzlich ein zu diesem Start in den Tag.

Ich lade Sie ein zum Gebet:

## **Kollektengebet**

Ich such dich, Gott,  
am Morgen jeden Tages,  
und ich suche dich  
mit dem Licht der heller werdenden Sonne,  
bis der Mittag kommt.  
So will ich lernen,  
dich zu sehen  
in denen,  
die neben mir sind,  
die im Licht oder im Schatten stehen.  
Nicht alles ist möglich,  
aber vieles wird wirklich  
für mich  
durch Jesus Christus.

(Heidi Rosenstock in: Du Gott, Freundin der Menschen“)

**Lied:** Du bist da, wo Menschen leben...

## **Text**

Elie Wiesel erzählt: Rebbe Baruchs Enkel Jechiel kam in Tränen aufgelöst in die Lehrstube des Meisters gerannt:

„Jechiel, Jechiel, warum weinst du?“ „Mein Freund ist gemein! Er ist unfair. Er hat mich ganz allein gelassen, darum weine ich!“ „Willst du mir von Anfang an erzählen?“ „Sicher, Großvater!“ Wir haben Verstecken gespielt; ich musste mich verstecken, und er war dran mich zu suchen. Aber ich hatte mich so gut versteckt, dass er mich nicht finden konnte. Da hat er aufgegeben, er hörte einfach auf zu suchen, und das war unfair.“

Reb Baruch begann Jechiels Gesicht zu streicheln, und ihm selber kamen Tränen in die Augen.

„So ist es mit Gott, Jechiel“, flüsterte er leise. „Stell dir vor. Er hat sich versteckt, und die Menschen suchen ihn nicht. Verstehst du, Jechiel? Gott versteckt sich, und der Mensch sucht ihn nicht einmal.“

Wo versteckt sich Gott?  
Im eigenen Herzen?  
In jedem Armen?  
In jeder Hartz IV Empfängerin?  
In jedem Hungernden und Dürstenden?  
In jedem Menschen?  
Und in den täglichen Begegnungen?

Es macht viel Sinn  
und gibt viel Sinn  
im Leben,  
Gott in ihnen  
zu suchen.

Amen.

(Aus: Texte für den Gottesdienst des DAHWE e. V.)

### **Am Ende der Veranstaltung:**

#### **Gebet**

Gott, du Ohr für alle Menschen,  
befreie deine Kirche von den Gepflogenheiten dieser Welt.  
Sie soll nicht der Gesellschaft gleichen,  
in der Schwache schutzlos bleiben  
und Mächtige sich durchsetzen.  
Nie soll deine Kirche schweigen,  
sondern in aller Freiheit  
ohne Zurückhaltung und Feigheit  
dein Wort verkünden.  
Nie soll deine Kirche schweigen,  
wenn Schutzlose unsere Stimme nötig haben.  
Auch wenn – gerade wenn  
wir dann gegen den Strom der Zeit schwimmen müssen.  
Dass du uns dazu die Kraft gibst,  
darum bitten wir mit dem Gebet Jesu...

(Hannelore Köhler)

# Vortrag

## Arbeit und Soziale Sicherung – Was steht auf der AGENDA?

### Worum geht es?

Arbeit und soziale Sicherung - dies sind schon seit einiger Zeit neben Familie und Bildung die am meisten traktierten Themen in Deutschland und zwar sowohl auf allen Ebenen der Politik als auch in privaten Gesprächen und - mit Ausnahme der heißen Phase der Fußball WM - auch in den Medien und an den Stammtischen. Wir wollen uns heute auf die beiden ersteren konzentrieren, wohl wissend, dass es mit den beiden anderen viele Berührungspunkte gibt.

Wenn von Arbeit die Rede ist, ist in unserer Gesellschaft, die oft auch als Arbeitsgesellschaft bezeichnet wird, i.d.R. Erwerbsarbeit gemeint. Von Arbeit kann deshalb heute kaum noch gesprochen werden, ohne dass die hohe Arbeitslosigkeit, also die Tatsache, dass viele Menschen von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, mitthematisiert, zumindest mitgedacht wird.

Dabei wird oft vernachlässigt, dass auch viele Erwerbsarbeitsplätze heute keineswegs ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten.

Wenn von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern die These aufgestellt wird, den Deutschen ginge die Arbeit aus, dann meinen sie, die Arbeit, für die jemand bereit ist, die geltenden Preise zu zahlen, wird weniger. D. h. es gibt billigere Möglichkeiten, zum gleichen Ergebnis zu kommen. Sei es, dass die gleiche Arbeit an einem anderen Ort wesentlich billiger geleistet wird, sei es, dass der Wettbewerb mit niedrigeren Löhnen im Inland statt findet, weil ausländische Arbeitskräfte bereit sind, bestimmte Arbeiten für niedrigere Löhne auszuführen, sei es, dass menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird oder durch technischen Fortschritt bestimmte Tätigkeiten völlig überflüssig werden weil sich ganze Prozesse und Produkte grundsätzlich verändern. Das Lohnniveau und die Arbeitskosten insgesamt sind möglicherweise einer von mehreren Gründen, aber ganz sicher nicht der Einzige, nach Ansicht vieler Experten auch nicht der Entscheidende für die seit langem hohe Arbeitslosigkeit. Daneben spielen der technische Fortschritt, vor allem die enorme Entwicklung in der Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnologie, die auch deshalb fast grenzenlose Mobilität des Kapitals, hohe Transportgeschwindigkeiten für viele Güter und eine weit fortgeschrittene Öffnung und Erweiterung der Weltmärkte eine entscheidende Rolle. Sie haben nicht nur die Absatzmöglichkeiten für deutsche Produkte erweitert, wovon die deutsche Wirtschaft seit Jahren mit einem deutlichen Exportüberschuss profitiert, sondern sie haben auch weltweit neue Wettbewerber auf den Markt gebracht. Das ist eine grundsätzlich gewollte Entwicklung, da davon ausgegangen wird, dass sie zu einer besseren Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen und damit zu steigendem Wohlstand für alle beiträgt.

Im Zuge dieser Entwicklung entstehen auch neue Arbeitsplätze, gleichzeitig werden nicht nur in Deutschland sondern weltweit per Saldo Arbeitsplätze abgebaut.

Seit Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts haben wir in Deutschland eine stetig zunehmende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig weiter steigendem Bruttosozialprodukt. Zwar schwanken beide Größen ein wenig im Zeitablauf. Der Trend ist aber jeweils eindeutig. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Produktivität der Wirtschaft stetig gestiegen ist und die Produktion von Gütern und das Angebot an Dienstleistungen mit immer weniger, aber immer produktiverer menschlicher Arbeit hergestellt wird.

Immer wieder weisen Ökonomen darauf hin, dass davon auszugehen sei, dass für die gesamte Versorgung der Weltbevölkerung mit Produktionsgütern nur noch zwischen 20 - und 30% der Arbeitskräfte benötigt werden, und dass die in der Güterproduktion entfallenden Arbeitsplätze wohl bei weitem nicht durch einen Zuwachs an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich oder im Bereich hochqualifizierter Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten ausgeglichen werden können. Diese Prognosen werden bis heute aber nicht in die Entwicklung langfristiger politischer Strategien einbezogen. Verständlich vielleicht unter dem aktuellen Druck der hohen Arbeitslosigkeit, mit der wir heute umgehen müssen und angesichts der Notwendigkeit, für die heute davon Betroffenen Hilfe für ihre aktuelle Notsituation zu schaffen.

Diese Diskrepanz und scheinbar gegenläufige zeitliche Entwicklung ist ein Phänomen dem sich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gegenüber sehen. Langfristig müssen wir uns möglicherweise auf eine ganz andere Arbeitsgesellschaft einstellen, kurzfristig müssen wir uns bemühen, Menschen in das bestehende System zu integrieren und dafür zu qualifizieren.

Die Bedeutung von Erwerbsarbeit hat nicht nur für den individuellen Lebensunterhalt und die Altersversorgung zugenommen. Der Beschäftigungsgrad hat aufgrund der höheren Frauenerwerbsquote ja in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen.

In den gesellschaftlichen Debatten geht es meistens um die unmittelbare wirtschaftliche Relevanz von Arbeit, um betriebliche Leistungserstellung, um die Finanzierung der auf Erwerbsarbeit basierenden sozialen Sicherungssysteme. Eigenarbeit oder Hausarbeit spielen in diesem Kontext kaum eine Rolle, künstlerische Tätigkeit oder Forschungsarbeit wird meist erst dann wahrgenommen, wenn sie gleichzeitig auch finanziellen Erfolg mit sich bringt. Familienarbeit meist nur dann, wenn sie nicht im gewünschtem Umfang und Qualität und vielleicht muss man noch hinzufügen, in der gewohnten Unauffälligkeit, geleistet wird. In ihrem Buch „Arbeit und Liebe“ hat die Psychologin Angelika Krebs neben der Erwerbsarbeit die Arbeit als gesellschaftlich relevant bezeichnet, die, wenn sie nicht freiwillig und unentgeltlich in Familien oder anderen Netzwerken geleistet würde, durch den Staat geleistet werden müsste. Dazu gehören die Fürsorge, Betreuungs-, Erziehungs-, Bildungs- und Pflegearbeit, die in Familien getan wird. Zumindest diese unentgeltliche Arbeit muss ihrer Auffassung nach auch gesellschaftlich anerkannt und honoriert werden, etwa durch den Erwerb von gleichwertigen Altersversorgungsansprüchen. Andere Wissenschaftler, z.B. Opielka knüpfen auch hier die Forderung nach einem (weitgehend bedingungslosen) Grundeinkommen an. Sie gehen davon aus, dass Menschen arbeiten wollen und eine solche Grundsicherung keineswegs demotivierend wirken würde.

Immer mehr wird als Leistung nur das anerkannt, was kurzfristig einen nachweisbaren finanziellen Ertrag erbringt, wofür also ein Marktpreis zu erzielen ist. Es braucht keine große wissenschaftliche oder analytische Begabung, um zu erkennen, dass in unserer Gesellschaft potenziell ungeheuer viel Arbeit vorhanden ist, die nicht bezahlt wird. Arbeit die in Familien, sozialen Netzwerken und im Rahmen freiwilligen Engagements getan wird und vieles, das getan werden könnte, was aus individueller und gesamtgesellschaftlicher Sicht, höchst sinnvoll und notwendig wäre.

**Gesellschaftliche Anerkennung und damit die Möglichkeit zur Teilhabe wird in unserer Gesellschaft überwiegend aufgrund von (erfolgreicher, d.h. finanziell ertragreicher) Erwerbsarbeit zugeteilt. Sie ist deshalb auch wesentlich für das Selbstwertgefühl und die Selbstachtung von Menschen und über diesen Umweg für ihre Bereitschaft (und oft auch ihre Möglichkeit) sich bürgerschaftlich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen.**

Luther wird die Aussage zugeschrieben, dass Arbeit zum Menschen gehöre, wie zum Vogel das Fliegen.

### **Zum christlichen Verständnis von Arbeit**

Dieses Verständnis des Dazugehörens von Arbeit zum Menschen hat auch tiefe biblische und christliche Wurzeln. An vielen Stellen im Alten und Neuen Testament geht es um die Bedeutung von guter Arbeit im Leben der Menschen. Das beginnt bereits im Schöpfungsbericht in Genesis 2, 15. Dort steht „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte“. Der erste Auftrag, den der Mensch von Gott erhält ist also der, Mitverantwortung für die Schöpfung zu übernehmen, sie zu pflegen, zu bewahren und durchaus auch zu nutzen und zu gestalten.

Insgesamt dient alle Arbeit der Sicherung und Gestaltung des Lebens. In unserer postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist allerdings Erwerbsarbeit die zentrale Organisationsform von Arbeit. Auch unsere sozialen Sicherungssysteme sind fest mit abhängiger Erwerbsarbeit verknüpft. Leistungsansprüche werden fast ausschließlich durch eigene abhängige Erwerbsarbeit oder die eines Ehepartners/-Partnerin bzw. von Eltern für ihre Kinder erworben. Genau genommen liegt der Rentenversicherung immer noch das Leitbild eines männlichen Verdieners zugrunde, dessen ununterbrochene Erwerbstätigkeit über 40 – 45 Jahre, im Wesentlichen den Unterhalt der Familie sichert. Trotz einiger kleiner Reformschritte, wie die Anrechnung der gesetzlich geschützten Erziehungszeit oder der Einführung und Förderung der freiwilligen Riesterreute hat sich an diesem Leitbild in der Renten- und Krankenversicherung ebenso wenig grundsätzlich geändert wie im Steuerrecht und in der Praxis der Erwerbsarbeit.

### **Wie aber stellt sich die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt dar?**

Menschliche Arbeit wird immer mehr als eine Ware wie andere auf Märkten gehandelte Güter betrachtet. Die Praxis der Arbeitsabläufe hat weder in der Produktion noch in vielen Büroberufen heute noch viel zu tun mit dem was Luther

unter Beruf verstand oder was die Theologin Dorothee Sölle als gute Arbeit bezeichnet hat. Heute stellen wir zwar fest, dass Technik und Produktivitätsfortschritte Menschen von mancher körperlich sehr anstrengenden, schmutzigen oder gefährlichen Arbeit entlastet haben, dass viele neue Berufe qualifizierten Menschen ein hohes Maß an zeitlicher und inhaltlicher Gestaltungsfreiheit und kreativer Entfaltung ermöglichen, dass aber andererseits auch Zeitdruck, Arbeitsverdichtung, enorm gewachsene Anforderungen an Flexibilität und Mobilität sowie zunehmende Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes und damit der Existenzgrundlage zu neuen, nicht weniger gravierenden Belastungen führen. Während viele Erwerbstätige unter diesen Arbeitsbedingungen leiden, leiden andere unter der Ausgrenzung aus der Erwerbsarbeit bzw. an einer zunehmenden, individuell kaum zu überbrückenden Diskrepanz zwischen den Anforderungen der sich ständig wandelnden Arbeitswelt und den Stabilität und Zuverlässigkeit verlangenden Strukturen im Bereich von Familie und sozialen Netzwerken und Kontakten. Der Gesundheitsökonom Heiner Lauterbach stellte deshalb auch fest, dass es nur eine Sache gibt, die mehr krank macht als Arbeit und das ist Arbeitslosigkeit.

### **Arbeitsmarktpolitik**

Die Sicherung des Zugangs zu Erwerbsarbeit für alle arbeitsfähigen Menschen verbunden mit der Möglichkeit einer guten Balance zwischen Erwerbsarbeit und anderen Lebens- und Tätigkeitsfeldern muss also ein Ziel mit hoher Priorität für eine Gesellschaft wie die unsrige sein. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten 30 Jahre war insbesondere auf die Sicherung von Beschäftigung ausgerichtet. Das Problem der Vereinbarkeit wurde lange Zeit weitgehend individualisiert und von der Politik vernachlässigt. Allerdings haben weder verschiedene öffentliche Beschäftigungsprogramme noch Steuererleichterungen für Unternehmen oder die umfangreichen Frühverrentungsprogramme zulasten der Sozialkassen die kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit verhindern können. Dies gilt auch für die unter der Chiffre Hartzreform zusammengefasste Politik, die seit 2002 stufenweise in Kraft gesetzt wurde. Diese Reform wurde ausgelöst durch den sogenannten Vermittlungsskandal der Bundesanstalt für Arbeit, der zum Rücktritt ihres damaligen Präsidenten Jagoda und zu einer umfangreichen Umstrukturierung dieser Behörde führte. Dahinter stand die Annahme, dass viele Probleme auf dem Arbeitsmarkt gelöst werden könnten, wenn nur die Vermittlung der vorhandenen Arbeitskräfte in ebenfalls vorhandene Arbeitsplätze verbessert würde. Von Anfang an wurden die Hinweise, dass es bei der Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht nur um ein Vermittlungs- oder Motivationsproblem ginge, dass auch die Bundesanstalt keine Arbeitsplätze schaffen könne, herunter gespielt. Binnen kurzer Zeit wurde der ehemaligen Bundesanstalt für Arbeit ein neues Image verpasst. Aus der Bundesanstalt wurde eine moderne Dienstleistungsagentur. Jedenfalls war dies das erklärte Ziel.

Die erklärte Philosophie dieser Agentur für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt war es, durch eine umfangreiche interne Umstrukturierung und effektivere Prozessabläufe eine Verbesserung der Dienstleistungsqualität in einer Kultur des Förderns und Forderns zu erreichen. Organisatorischer Kern der Reform ist das Kundenzentrum, wo Standardanliegen aufgenommen werden, um die Vermittlungsfachkräfte zu entlasten. Neben der Leistungsverwaltung wurde die vorher angeblich vernachlässigte Vermittlung zum Kerngeschäft erklärt. Dazu

gehören möglichst auf die jeweiligen Kunden zugeschnittene Dienstleistungsangebote. Als Kunden wurden dabei sowohl die Unternehmen mit freien Arbeitsplätzen, die Arbeitnehmer suchten als auch Arbeitssuchende betrachtet. Die Dienstleistungen bestehen in der Information, Beratung und Vermittlung bzw. der Schaffung von Voraussetzungen für eine Vermittlung in freie Stellen z.B. durch Qualifizierungsmaßnahmen.

Da aber auch die neue Arbeitsagentur neben dem Auftrag der Beratung und der Vermittlung auch den der Verwaltung und Zuteilung von Leistungen wahrzunehmen hat, bleibt zumindest hinsichtlich der Erwerbslosen das Problem der Vermischung von Service- und Ordnungsfunktion der Bundesagentur. Die auf Effizienz ausgerichtete Vermittlungsstrategie verschärfte den Widerspruch zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialem Auftrag. Der verbesserte Service, die angekündigten persönlichen Ansprechpartner und eine individuelle Betreuung und Beratung, die u.a. mit dem Kundenbegriff suggeriert werden, wird damit auch nicht allen zuteil. Dies würde gerade in Bezug auf schwer vermittelbare Erwerbslose ein wesentlich besseres zahlenmäßiges Verhältnis von Beratern/Vermittlern zu Arbeitssuchenden sowie die Ausschöpfung aller möglichen Qualifikations- und Unterstützungsmöglichkeiten voraussetzen. Die Praxis sieht anders aus.

Die Ausrichtung an Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel höherer Effektivität und Effizienz macht sich z.B. bei der Zugangslogik zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und den Eingliederungszuschüssen bereits bemerkbar. Sie erfolgen mit dem Ziel der Verkürzung des sog. „Kundenkontakts“ und einer Wirkung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Übergang in einen SGB II-Leistungsbezug eintritt. Gefördert werden sollen nur noch Personen, bei denen die Fördermaßnahme mit hoher (mindestens 70%iger) Wahrscheinlichkeit innerhalb von sechs Monaten zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt führt bzw. Fördermaßnahmen bei denen davon auszugehen ist, dass mindestens 70% der Teilnehmenden der Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gelingt.

Der Fokus auf Wirtschaftlichkeit führt vielfach auch zu einer Konzentration auf „potenzialreiche Arbeitgeber“, also Unternehmen mit großer Belegschaft und hoher Fluktuation. Kleinere Betriebe, denen es an Personalmanagement und Rekrutierungskompetenz fehlt, werden von der Arbeitsagentur tendenziell vernachlässigt, obwohl Studien feststellen, dass dort möglicherweise größere Beschäftigungspotentiale erschlossen werden könnten.

Ergänzt wird das Dienstleistungsspektrum der Arbeitsagentur durch Online-Angebote, in denen sich die Arbeitssuchenden selbst über Stellenangebote informieren können, in denen sowohl Betriebe als auch Arbeitssuchende selbst Angebote einstellen können.

Aus der Sicht der Bundesagentur ist die Umstrukturierung unter dem Aspekt der Effizienzsteigerung und der Optimierung der Abläufe erfolgreich und auf einem guten Weg.

Auch für Langzeitarbeitslose, die sich nach Hartz-IV im Leistungsbezug nach SGB-II befinden, gibt es eine Reihe von neuen Instrumenten, die die neue Philosophie des Forderns und Förderns in den speziell für diese Kundengruppe zuständigen Jobcentern konkretisieren sollen. Dazu gehören

Wiedereingliederungsvereinbarungen, Qualifizierungsmaßnahmen aber auch die umstrittenen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, die sog. 1-Euro-Jobs.

Was hat das alles gebracht?

## Evaluierung der Arbeitsmarktreform

Die Arbeitsmarktreform wurde einem umfangreichen Controlling zur Überprüfung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente unterzogen.

Wie groß das Kontroll-, möglicherweise auch das Rechtfertigungsbedürfnis für die neue Arbeitsmarktpolitik ist, wird an dem nie da gewesenen Evaluationsaufwand, der zur Auswertung der Hartzgesetzgebung betrieben wird, deutlich. Ca. 100 Wissenschaftler aus über 20 renommierten Forschungsinstituten sind daran beteiligt. So, stellte eine Studie fest, trägt das Finanzvolumen der Forschungsaufträge zumindest hier zu einem positiven Beschäftigungseffekt bei.

Bisher liegen dazu erste Zwischenergebnisse vor. Häufig geht die Zahlenbasis allerdings nur bis Anfang 2005. Eine Reihe von Ergebnissen gelten aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraumes auch noch nicht als gesichert. Um die Tendenz aufzuzeigen will ich einige wenige trotzdem nennen.

1. Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hat den Zugang zu arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen verändert. (Effizienzorientierte Zugangslogik)
2. **Sehr deutlich zurückgegangen sind die Eintritte in ABM** (von 265.000 in 2000 auf 153.000 in 2004, davon 74% in Ostdeutschland). **Das gleiche gilt für die Förderung beruflicher Weiterbildung.** Während es 2000 noch eine halbe Million Fördereintritte gab, waren es vier Jahre später fast 2/3 weniger. In ihrer Effektivität was die Steigerung der Integrationschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt angeht, unterscheiden sich beide Maßnahmen aber deutlich. Während bei ABM davon ausgegangen wird, dass sie die Integration im ersten Arbeitsmarkt eher behindern oder verzögern, wird den Weiterbildungsmaßnahmen durchweg attestiert, dass sie geeignet sind, die Integrationschancen deutlich zu verbessern.
3. Deutlich zugenommen haben Trainingsmaßnahmen (von knapp einer halben Million auf mehr als das Doppelte) und die Beauftragung Dritter mit Vermittlungsleistungen. In beiden Fällen konnte eine signifikante beschäftigungspolitische Effizienz nicht nachgewiesen werden.
4. Trotz der Einführung des **Existenzgründungszuschusses** (Ich-AG) blieb die Förderung von Selbstständigkeit durch **Überbrückungsgeld** konstant. (Insgesamt 2004 355.000 neue GründerInnen) Beide Maßnahmen werden was die Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt angeht, positiv beurteilt.
5. **Deutlich zugenommen hat seit der Reform die Zahl der MinijobberInnen.** Sie lag Ende 2005 bei 6,5 Mill. und damit 2,4 Mill. höher als vor der Reform Ende März 2003). Der Zuwachs an Beschäftigten liegt bei 1,6 Mill. (davon 600.000 im Haupterwerb) wenn man berücksichtigt, dass ca. 740.000 zuvor sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden.
6. Insgesamt war 2004 wie auch in den Vorjahren der Anteil der Frauen bei den neu Geförderten etwas geringer als ihr Anteil an den Arbeitslosen insgesamt. Stark vertreten sind Frauen bei den Mini- und Midijobs (2/3 ausschließlich, gut die Hälfte zusätzlich zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.)

7. **Die Aufweichung des Kündigungsschutzes für Ältere hat keine positive Wirkung für deren Beschäftigung gebracht.**
8. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ setzt auf eine gezielte Steuerung. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber eine Verbesserung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Vermittlungsfachkräften zu KundInnen (Betreuungsschlüssel).
9. **Auch bezüglich der Evaluation von Hartz-IV liegen erste Ergebnisse vor. Für die 3,5 Mill. Bedarfsgemeinschaften mit ca. 6 Mill. Menschen stellt die Nationale Armutskonferenz fest, dass Hartz-IV keine ausreichende, nämlich armutsfeste Grundsicherung bietet.** Es wird auf zahlreiche Pannen und Fehler bei der Einführung des Arbeitslosengeldes II verwiesen, auf mangelnde Transparenz und Nachvollziehbarkeit der ALG-II Bescheide, auf unzureichende und fehlerhafte Beratung. Bezüglich der **Eingliederungsvereinbarungen** wird betont, dass dieses zeitaufwendige Instrument aufgrund des unzureichenden Betreuungsschlüssels und der teilweise unzureichenden Qualifikation der Berater **„weder im Sinne der Betroffenen noch zugunsten einer dauerhaften Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess genutzt wurde.“** Für die von Hartz-IV betroffenen Menschen werde die Situation weiter verschärft, insbesondere für Jüngere bestünde die Gefahr, dauerhaft an den Rand gedrängt zu werden. Die nationale Armutskonferenz fordert dass das SGB um die Begriffe „Würde des Menschen“ und „soziokulturelles Existenzminimum“ erweitert werden sollte, um einer weiteren Fragmentarisierung der Gesellschaft entgegen zu wirken. „Soziale Teilhabe muss auch für von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen wenigstens in Grundzügen wieder sichergestellt werden.“

### **Armut trotz Erwerbsarbeit**

Neben und oft aufgrund von Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, wird Armut für eine wachsende Zahl von Menschen zum Problem, obwohl sie einen Erwerbsarbeitsplatz haben. Das Anliegen, Menschen vor gesellschaftlicher Ausgrenzung aufgrund von Armut zu schützen, steht deshalb auch im Mittelpunkt der Debatte um Niedrig- und Mindestlöhne. Ich will diese Debatte hier nicht im Einzelnen darstellen, wohl aber darauf hinweisen, dass sich die Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohns auf die EU-Grundrechtecharta Titel 5 Abs.1 beziehen, wo es heißt: „Für jede Beschäftigung ist ein gerechtes Entgelt zu zahlen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, dass entsprechend den Gegebenheiten eines Landes den Arbeitnehmern ein gerechtes Arbeitsentgelt garantiert wird, das heißt ein Arbeitsentgelt, das ausreicht, um ihnen einen angemessenen Lebensstandard zu erlauben.“

### **Dazu ein paar Zahlen und Argumente:**

Als Niedriglöhne gelten Löhne unter 75% des Durchschnitts, als Armutslöhne solche, die unter 50% des Durchschnitts liegen. Im Westen Deutschlands bekommen 25% der Erwerbstätigen Niedriglöhne, im Osten fast 60%. 12% der Erwerbstätigen im Westen und 30% im Osten müssen mit Armutslöhnen auskommen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um gering qualifizierte ausländische Jugendliche. 2/3 der Niedriglohnbeschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und ebenfalls 2/3 sind über 30. Nur 9% der Niedriglohnempfänger sind Ausländer. Entscheidend ist eher die Branche und die Größe des Betriebes. Gut 80% sind in

Klein- und Kleinstbetrieben beschäftigt, 63% im Dienstleistungsgewerbe, ca. 17% in Privathaushalten.

Unter dem Aspekt, dass das deutsche Wachstumsproblem zu einem erheblichen Teil auf die unzureichende Binnennachfrage zurückgeführt wird, erscheint ein Mindestlohn, der sich positiv auf die Konsumnachfrage auswirken würde, nicht nur für die Betroffenen sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Reallöhne in Deutschland in den letzten Jahren im Durchschnitt allenfalls konstant geblieben, teilweise sogar gesunken sind und die Lohnquote, die 1993 noch bei fast 73% lag bis 2005 auf 67% gesunken ist. Gleichzeitig stiegen in den letzten 15 Jahren die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen um fast 60%. Die Einkommensungleichheit nimmt in Deutschland seit Jahren zu.

Im internationalen Vergleich ist festzustellen, dass es nicht nur in den USA sondern auch in fast allen europäischen Ländern einen Mindestlohn gibt. Insbesondere in Großbritannien, das eine deutlich niedrigere Arbeitslosenquote hat als Deutschland, hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die dortige Low Pay Commission stellte fest, dass die Einführung ohne negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung geschah und inzwischen zu einem allgemein akzeptierten Instrument der Arbeitsmarktpolitik geworden sei.

Der in Deutschland diskutierte Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde würde bei einer angenommenen Arbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche zu einem Einkommen von 1250 Euro im Monat führen. In Frankreich, Großbritannien, Irland und den Beneluxländern liegen die Mindestlöhne zwischen 1218 und 1503 Euro pro Monat bzw. 7,48 und 8,69 pro Stunde, in den Südeuropäischen Ländern tendenziell niedriger, was sich aber durch die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten und die damit verbundene Kaufkraft relativiert.

Schließlich wäre die armutsfeste Grundsicherung für erwerbslose Menschen auch gesellschaftstheoretisch zu begründen.

Wenn wir davon ausgehen, dass wir uns in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation befinden, die in ihren Ausmaßen und ihrer Bedeutung der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist – quasi einer globalen digitalen Revolution und wenn wir weiter annehmen, dass dieser Strukturwandel nicht nur nicht aufzuhalten sondern auch gesamtwirtschaftlich vorteilhaft und deshalb gesamtgesellschaftlich erwünscht ist, dann dürfen die Opfer dieses Strukturwandels nicht allein die Kosten tragen. Vielmehr müssen die Kosten der Arbeitslosigkeit aus den Gewinnen dieses Umbruchs bezahlt werden. Dazu gehören nicht nur die unmittelbaren Unterhaltskosten sondern auch die Kosten, die aufzuwenden sind, um ihre nachhaltige Teilhabe an Gesellschaft zu sichern.

Mit dem Problem solcher Widersprüche, mit dem Problem gegenläufiger individueller bzw. betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher oder gesamtgesellschaftlicher Interessen sehen sich die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft an vielen Stellen konfrontiert. Während es für ein einzelnes Unternehmen kurzfristig wirtschaftlich sinnvoll sein mag, Arbeitsplätze im Inland abzubauen, bedeutet dies volkswirtschaftlich ein Brachliegen von Ressourcen und steigende Kosten in Form von Sozialtransfers, höhere Ausgaben im Gesundheitsbereich, entgangenen Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen und eine dämpfende Wirkung auf die Inlandsnachfrage. Dabei sind die sozialen Kosten einer wachsenden Frustration und

Unzufriedenheit, nachlassenden Selbstbewusstseins, geringerer Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, langfristig auch des absinkenden Qualifikationsniveaus und der Beschäftigungsfähigkeit, der Belastungen für Partnerschaften und Kindern noch gar nicht einbezogen. Sie sind natürlich auch schwer zu quantifizieren, aber dennoch zweifellos vorhanden und ernst zu nehmen.

Mit diesen und weiteren sog. „Paradoxien der kapitalistischen Modernisierung“ befasst sich derzeit auch ein Forschungsprojekt des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt. Es untersucht die zahlreichen Widersprüche dieser zweiten industriellen Revolution. So wächst durch wachsende Tendenzen der Deregulierung des Arbeitsmarktes, durch neue Formen der Verarmung und Ausschließung einerseits die Zahl derer, die aufgrund geringer Ressourcenausstattung von den normativen Fortschritten keinen Gebrauch machen können. (Auflösung von Rollenklischees, Rigidität der traditionellen Kleinfamilie, rechtliche Gleichstellung von Frauen und kulturellen Minderheiten).

Auch ökonomisch etablierte Sozialgruppen sind mit dem Dilemma konfrontiert, dass die Flexibilisierung individueller Lebensläufe, die ihnen als Zwang auferlegt wird, die persönlichen Autonomiegewinne wieder erheblich reduziert. Die materiellen Erträge der modernen Wissensökonomie werden im Zuge einer immer mächtigeren Shareholder-Value-Politik zunehmend auf Anteilseigner und berufliche Spitzengruppen konzentriert.

Indem Volkswirtschaften sich auf einen Wettbewerb einlassen, der dem betrieblichen Wettbewerb zwischen Unternehmen gleicht, vernachlässigen sie die Tatsache, dass Staaten neben individuellen Zielen auch gesamtgesellschaftliche Ziele zu verfolgen bzw. Aufgaben zu erfüllen haben, die sich einer Lösung nach dem Muster von Angebot und Nachfrage entziehen. Wenn sie dies tun, verarmen sie und verlieren ihre politische Gestaltungsfähigkeit.

### **Perspektiven der Arbeitsgesellschaft**

In dieser Situation kann es keine einfachen, schnellen Lösungen geben.

Wichtig ist einerseits ein offener, fairer Diskurs der auf regionaler bzw. nationaler Ebene auch alternative Modelle der Arbeitsverteilung, der Arbeitszeitgestaltung, der Finanzierung von Grundeinkommen, der Anerkennung gesellschaftlich relevanter unbezahlter Arbeit einbezieht. Auf internationaler Ebene sind Instrumente zu entwickeln, die eine stärkere Einbeziehung externer Kosten in politische und wirtschaftliche Entscheidungen bewirkt und das Primat der Politik gewährleistet. Das ist die Arbeit auf der politischen Ebene.

Gleichzeitig sind Angebote zu entwickeln bzw. auszubauen, die Menschen nicht nur aus materieller Not und Unterversorgung heraushelfen sondern die Strukturen verändern, die dazu führen. Dazu gehören die Familienförderung, der Ausbau frühkindlicher Betreuungs- und Erziehungsangebote, sowie die Verbesserung der Schul- und Ausbildungsangebote. Hier setzen viele lokale und regionale Projekte an.

Wir werden heute eine ganze Anzahl von Ansätzen und bereits realisierten Projekten, die sich dies zum Ziel gemacht haben, kennen lernen. Dabei wird deutlich werden, dass sie jeweils die Zusammenarbeit und Kooperation von mehreren

Trägern und die Vernetzung von Ressourcen und Know-How brauchen, um erfolgreich zu sein.

Diese Tagung dient also einerseits dazu, die Situation genauer kennen zu lernen aber auch Möglichkeiten aufzuzeigen und Anregungen zu bieten wie daran gearbeitet werden kann, dass sich Menschen nicht nur als Opfer von Globalisierung fühlen sondern das Bewusstsein entwickeln, dass wir sie global und in ihren lokalen Auswirkungen gemeinsam gestalten können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns viele Anregungen, die in der gemeinsamen täglichen Arbeit weiterentwickelt und umgesetzt werden können.



Dr. Brigitte Bertelmann  
Zentrum Gesellschaftliche  
Verantwortung der EKHN  
Tel: 06131 287 44 44  
mail: b.bertelmann@zg.info

# Podium

## „Bisherige Erfahrungen und Anforderungen für die Zukunft“

**Barbara Jakobs**, Leiterin der Ev. Kindertagesstätte in Pfungstadt

Armut, häufig als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit wird zunehmend spürbar im Alltag der Kindertagesstätte. 25% der Eltern sind alleinerziehend, 4% haben ein Familieneinkommen unter 20.000 € p.a. Es zeigt sich darin, dass Elternbeiträge trotz einer Staffelung nach Einkommenshöhe nicht (vollständig) bezahlt werden (können), dass Kinder insgesamt vernachlässigt wirken, z.B. für die Jahreszeit bzw. für bestimmte Witterungsbedingungen nicht passend gekleidet sind (Nackte Füße in Gummistiefeln im Winter, keine warmen oder regenfesten Jacken), dass sie unsauber sind (Körpergeruch, Mundgeruch, schmutzige Kleidung), dass sie ohne Frühstück in die Einrichtung kommen und auch kein Frühstück dabei haben, dass Geld für Mittagessen in Ganztagesgruppen nicht bezahlt wird bzw. Kinder ohne Angabe von Gründen abgemeldet werden und nie an Festen teilnehmen.

Gleichzeitig ist Armut, ähnlich wie Arbeitslosigkeit, ein stark tabuisiertes Thema. Hilfe muss den Eltern so angeboten werden, dass sie unauffällig und unaufdringlich wirkt und ohne Scham angenommen werden kann.

- Kinderkleidungsbasar, zu dem jeder etwas beitragen kann und sich zu ganz geringen Preisen andere, passende Sachen kaufen kann.
- Anonyme Patenschaften für das Mittagessen in den Kindertagesstätten, um zu verhindern, dass bedürftige Kinder abgemeldet werden.

Es ist wichtig, dass die Gemeinde (der Kirchenvorstand) über das Problem gut informiert ist und die Suche nach Lösungen auch zu seiner Sache macht. Dazu gehören letztlich auch Verhandlungen mit der Kommune und die öffentliche (selbstverständlich anonymisierte) Darstellung des Problems in den Medien. Kindertagesstätten und Gemeinden erhalten oft einen tiefen Einblick in die familiären Lebensverhältnisse und Notlagen, können dadurch aber auch zur Lobby für Kinder und Familien werden.

**Pfarrer Christoph Geist**, Leiter der Jugendwerkstatt Gießen und der Neuen Arbeit Vogelsberg, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

In Gießen liegt die Arbeitslosenquote bei 17 %, d.h. deutlich über dem hessischen Durchschnitt. Als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit leiden die betroffenen Menschen und häufig insbesondere Kinder und Jugendliche unter einem Mangel an Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten. Es fehlt ihnen an der Kompetenz zur Bewältigung des Lebensalltags, der nicht selten geprägt ist durch Überschuldung, Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie Kontakte zu Kriminalität.

Um hier Auswege und Perspektiven zu bieten ist es vor allem wichtig, die Ausbildungsfähigkeit, die in vielen Fällen nicht den Anforderungen der Wirtschaft entspricht zu verbessern und die Jugendlichen darin zu ermutigen und zu stärken,

die dafür erforderlichen Schritte zu tun und auch eine längere Anlaufstrecke durchzuhalten.

**Pfarrer Volkhard Guth**, Profilstelle Gesellschaftliche Verantwortung im Ev. Dekanat Rüsselsheim

Die Arbeitsmarktsituation in Rüsselsheim ist wesentlich geprägt durch die Operwerke als größtem Arbeitgeber in der Region. Die Kirchen haben in ökumenischer Partnerschaft zusammen mit Gewerkschaften etc. Menschen begleitet und unterstützt, die von dem umfangreichen Stellenabbau bei Opel betroffen waren. Das Spektrum dieser Aktivitäten reichte von einzelnen Beratungsgesprächen über Kontakte zur Unternehmensleitung und zum Hauptbetriebsrat und der später beauftragten Beschäftigungsgesellschaft. Parallel fand eine intensive und offensive Öffentlichkeitsarbeit statt sowie eine gründliche Information kirchenleitender Persönlichkeiten und kirchlicher Gremien auf allen Ebenen. Insbesondere letzteres hatte eine umfangreiche Multiplikatorwirkung und führte zu mehreren öffentlichen Stellungnahmen.

Auch nachdem das Medieninteresse wieder nachgelassen hat haben die Aktiven ihre Arbeit mit Erwerbslosen und ihren Familien fortgesetzt aber auch z.B. die Arbeit der Beschäftigungsgesellschaft kritisch begleitet und die teilweise sehr positiv dargestellten Ergebnisse öffentlich kommentiert und relativiert.

**Dr. Gerhart Flothow**, Industrie- und Handelskammer Rheinhessen

Die IHK Rheinhessen betreut 26 Starterzentren. Dabei beobachten wir, dass sich die Gründungslandschaft stark verändert hat. In allen Kammerbezirken ist die Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus ein Hauptthema. Etwa 2/3 aller neuen Selbständigen durch alle Altersschichten geht heute den Schritt in die Selbständigkeit, um Arbeitslosigkeit zu beenden oder zu vermeiden.

Die IHK kann dabei eine umfassende Unterstützung anbieten. Sie umfasst ein Basisseminar, Einzelberatung, die Vermittlung von Kontakten zu Kreditgesellschaften, Steuerberatern, Patent- und Rechtsanwälten. Gründer erhalten ein Überbrückungsgeld von 13.000 € p.a., um in der Gründungsphase ihren persönlichen Lebensunterhalt zu sichern. Bei diesen Gründungen liegt die nachhaltige Erfolgsquote in Mainz bei ca. 50% und damit über dem bundesweiten Durchschnitt. Auch die Gründung von sog. Ich-Ags ist eine Möglichkeit, um eine Selbständigkeit zu beginnen. Hier liegt die bisher zu beobachtende Erfolgsquote etwas darunter. Da dieses Modell aber insgesamt eine Förderung von bis zu drei Jahren vorsieht und erst 2004 in Kraft getreten ist, lassen sich über den nachhaltigen Erfolg auch noch keine gesicherten Angaben machen.

Wichtig ist für den Erfolg einer Neugründung auch immer die Lebenssituation und hier insbesondere auch das familiäre Umfeld und die Unterstützung, die die Betroffenen hier und in ihrem Freundeskreis erhalten.

**Walter Fries**, Leiter Arbeitsagentur Mainz

Die Frage nach dem Erfolg und den Perspektiven der Arbeitsmarktreform ist vielschichtig. Wesentlich ist dabei vor allem auch die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Reformschritten, die allgemein mit Hartz I-IV bezeichnet werden. Ziel der Reform war zunächst die Senkung der Kosten der Arbeitsverwaltung und eine

höhere Effizienz in diesem Bereich. Die Agentur für Arbeit sollte zu einem modernen Dienstleister werden und ihre Aktivitäten auf das zur Erfüllung ihres Auftrags Notwendige beschränken.

Die Zusammenlegung der Sozialhilfe für arbeitsfähige Leistungsempfänger mit der Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose (Hartz IV) war mit einigen technischen und personellen Umstellungsproblemen verbunden. Die eingesetzte Software beispielsweise war nicht völlig zufrieden stellend aber grundsätzlich tragfähig. Der Betreuungsschlüssel wurde inzwischen deutlich verbessert und angehoben auf 75 - 80 Personen pro Berater für Jugendliche und 200 für Ältere.

Zu den Aufgaben der Bundesagentur gehört neben der Leistungsverwaltung die Förderung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit. Dafür erforderliche Bildungsangebote werden unterstützt soweit sie notwendig für die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sind. Damit dies möglichst schnell und flexibel geschehen kann, werden sie in Modulen von zertifizierten, möglichst preiswerten Anbietern angeboten.

Mainz ist das „Wohnortarbeitsamt“ vieler Beschäftigter großer Betriebe. Beispielsweise kommen 40% der „Opelaner“ aus Rheinhessen. Die Reform konnte bei verwaltungstechnischen und organisatorischen Problemen ansetzen. Was sich durch die Reform nicht geändert hat ist die psychologische Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die davon betroffenen Menschen und ihre Familien. Durch die anhaltend hohe Arbeitslosenquote wächst sogar die Angst und tendenziell auch Resignation. Was sich ebenfalls nicht geändert hat und auch nicht ändern konnte ist die Tatsache, dass die Arbeitsagentur nur in vorhandene Arbeitsplätze vermitteln kann. Die Arbeitsagentur kann keine Arbeitsplätze schaffen. Was sich allmählich entwickelt ist eine positivere Haltung zum Unternehmertum und das Klima zwischen Arbeitsagentur und Unternehmern. Selbständigkeit wird gestützt und gefördert, insbesondere auch dann wenn Selbständige auch zu Arbeitgebern werden.

In Zukunft wird es wichtig sein, sowohl die Eigenverantwortung der Beschäftigten für ihre Beschäftigungsfähigkeit zu fördern als auch Selbständigkeit und Unternehmertum, das Arbeitsplätze schafft und erhält. Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem deshalb auch ein gesellschaftliches Problem, weil sich auch Arbeitslosigkeit und Armut vererben und es für Kinder und Jugendliche immer schwieriger wird, sich aus dieser Benachteiligung zu befreien. Kinder- und Jugendliche zu fördern und zu unterstützen, dabei können kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen und Initiativen ansetzen und in Kooperation mit Arbeitsagentur und job Center eine wichtige Rolle übernehmen. Ein wichtiges Thema ist die rechtzeitige und gute Planung von Nachfolgeregelungen in Eigentümer geführten Unternehmen. Kirchen könnten hier seelsorgerliche Angebote machen, die Menschen auf diese Umbruchsituation des Übergangs von der aktiven, selbständigen Leitung eines möglicherweise selbst aufgebauten Betriebes in den Ruhestand zu begleiten und sich mit dem damit verbundenen Thema des Loslassen-Müssens und letztlich der eigenen Endlichkeit auseinanderzusetzen.

Auch im Rahmen der Beratung in angrenzenden Problembereichen wie Erziehungsberatung, Schuldnerberatung usw. sehe ich wichtige Ansatzpunkte für eine gute Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen.



v.l.: Pfarrer Volkhard Guth, Gesellschaftliche Verantwortung Dekanat Rüsselsheim;  
 Walter Fries, Leiter der Arbeitsagentur Mainz und  
 Pfarrerin Gundel Neveling, Leiterin Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der  
 EKHN und Moderatorin der Podiumsdiskussion



v.l.: Barbara Jacobs, KiTa-Leiterin in Pfungstadt;  
 Dr. Gerhart Flothow, IHK Mainz und  
 Pfarrer Christoph Geist, Jugendwerkstatt Gießen

# Projekte für Kinder – Anregungen und Erfahrungen

## „Integration statt Ausgrenzung“

### Wie macht sich Verarmung in Familien bemerkbar?

Barbara Jacobs berichtete aus dem Alltag der Kindertagesstätte, dass sich die finanziellen Nöte der Familien vor allem an vier Stellen deutlich machen:

- Offene Rechnungen für den KiTa -Beitrag und das Verpflegungsgeld
- Erscheinungsbild der Eltern und Kinder (z.B. für die Jahreszeit unangemessene, ungewaschene oder ausgewachsene Bekleidung)
- Mangelhafte Verpflegung (großer Hunger bei den Mahlzeiten in der KiTa)
- Fernbleiben bei Veranstaltungen und Festen der KiTa und im privaten Bereich (z.B. Geburtstage der Freunde)

Irene Finger vom Diakonischen Werk in Darmstadt berichtet aus ihrer Arbeit, dass es eine Verarmung in der Wohlstandsgesellschaft gibt, die über die finanzielle Verarmung hinausgeht, z. B. in den Bereichen soziale Kompetenzen, Freizeitgestaltung, Bildung.

Das Gespräch in der Projektgruppe bestätigte zum großen Teil die Aussagen der beiden Referentinnen, machte aber auch deutlich, dass es auch Regionen gibt, in denen das Thema „Verarmung in der Gesellschaft“ im engeren Sinne, nämlich rein unter dem Aspekt wenig finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, kein Thema ist.

### Was bedeutet dieses für die pädagogische Arbeit in der Kindertagesstätte?

Das Thema „Armut“ ist ein wichtiges Bildungsthema. In den aktuellen Bildungsplänen der Länder Rheinland Pfalz und Hessen für die Kindertagesstätten wird dieses Thema unter den Überschriften „ Teilhabe an Bildungsprozessen“(s. BEE, RLP 2004, Seite 75-77) und unter „Kinder mit verschiedenen sozioökonomischen Hintergründen“ (s. BEP, Hessen Entwurf 2005, S. 56ff) angesprochen. In beiden Plänen wird dabei auch deutlich darauf hingewiesen, dass es darum geht Kinder aus einkommensschwachen Familien besonders in den Blick zu nehmen und ihre Eltern in ihrer schwierigen Lebenssituation besonders zu begleiten. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, hinter dem sich auch Themen wie

- Umgang mit Ressourcen (nicht nur Müll vermeiden, sondern auch Wertschätzung für Gebrauchtes, z.B. Kleidung),
- Resilienz - Entwicklung von Selbstwertgefühl, z.B. worüber definiere ich meinen Selbstwert,
- Werteerziehung: Welche Arbeit ist wertvoll? Was macht einen Menschen wertvoll? und
- Sozialkompetenz: Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit etc. verbergen.



Somit ist es ein Bildungsthema für alle Kindertagesstätten und sollte einen Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit bilden. An dieser Stelle wies Frau Jacobs noch einmal besonders darauf hin, dass in diesem Zusammenhang gerade auch die Haltung der Mitarbeitenden in der Kindertagesstätte gegenüber den betroffenen Menschen, aber auch insgesamt zu diesem Thema sehr wichtig ist.

## **Was tun Kindertagesstätten und andere diakonische Einrichtungen bereits?**

### **1. Wenig Geld, kein Geld – keine Teilhabe an Gesellschaft - Eröffnen von zusätzlichen finanziellen Ressourcen**

In der Ev. Kirchengemeinde in Pfungstadt werden **Spendensammlungen** für bedürftige Kinder und Familien bei verschiedenen Anlässen oder aus Kollekten von einzelnen Gottesdiensten durchgeführt. Über die Verwendung des Spendenkontos entscheidet der Kirchenvorstand. Die Dietrich- Bonhoeffer-Kindertagesstätte darf Vorschläge zur Verwendung einreichen.

Betroffene Familien werden von der **Zahlung von Verpflegungsgeld (Mittagessen) freigestellt**. Die Deckung der anfallenden Kosten geht entweder über den Verpflegungshaushalt allgemein oder in Einzelfällen über das Spendenkonto.

In den monatlichen Elternbeitragsgebühren ist **monatlich ein Betrag von 1,50 € pro Kind** enthalten, welcher dem Haushalt **für Sonderveranstaltungen** der Kindertagesstätte zur Verfügung gestellt wird (Beschluss des Magistrats). So können Theatervorstellungen besucht werden, mit den Kindern kann Eis essen gegangen werden, bei Festen gibt es kleine Gewinne, ohne dass die Eltern dabei belastet werden.

Ausflüge und Besuch von Sehenswürdigkeiten (Museum usw.) werden so geplant und durchgeführt, dass **kein finanzieller Beitrag der Eltern** notwendig ist z.B. durch Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, freien Eintritt usw.

**Ansprechpartnerin:** Frau Barbara Jacobs, Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Odenwaldstr. 7, 64319 Pfungstadt, Tel.: 06157/990204, E-Mail: [d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de](mailto:d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de)

## 2. Rechte kennen und wahrnehmen - Beratung und Unterstützung beim Gang zur Behörde

In der Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte erhalten Eltern Unterstützung bei der Antragsstellung finanzieller Leistungen wie beim Wohngeld, Kindergeld, Zahlung der Beitragsgebühren für die KiTa. Es wird über die Adressen der betreffenden Ämter informiert, Hilfestellung beim Ausfüllen von Formularen geleistet, Hilfe beim Beschaffen von Unterlagen gegeben, und ähnliches.

Es finden gemeinsame Gespräche mit Eltern und Jugendamt über die Notwendigkeit der Tageskindbetreuung bei schwierigen familiären Situationen (Anfrage an das Jugendamt zur Übernahme der Tagesplatzbetriebsgebühr bei Nichtberufstätigkeit der Mutter/Eltern) statt.

**Ansprechpartnerin:** Frau Barbara Jacobs, Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Odenwaldstr. 7, 64319 Pfungstadt, Tel.: 06157/990204, E-Mail: [d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de](mailto:d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de)

In einigen Ev. Kindertagesstätten bestehen bereits **Vernetzungen mit dem regionalen Diakonischen Werk**, das niedrigschwellige Beratungsangebote u.a. auch für den „Gang zur Behörde“ bietet. Nach Aussage von Frau Irene Finger könnte diese Kooperation noch besser genutzt und ausgebaut werden. So müssten die knappen personellen Ressourcen der Kindertagesstätten nicht für die Vorbereitung von Behördengängen, Antragsstellung, etc. aufgewendet werden. Vielmehr ginge es bei der Vernetzung von Seiten der KiTa mehr um den **Hinweis auf das Angebot und die Motivation der betroffenen Familien sich an das rDW zu wenden**. Die individuelle Beratung würde dann dort stattfinden. Darüber hinaus bieten regionale Diakonische Werke (rDW's) Beratungsangebote in den Bereichen allgemeine Lebenssituation, Erziehung, Konflikt, finanzielle Probleme, Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikt, Partnerschaft, Sucht, Trennung, Gewalt u.v.m.

**Ansprechpartnerin:** Regionales Diakonisches Werk vor Ort **oder** Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V. Landesverband, Ederstr. 12, 60486 Frankfurt/M., Tel. 069/79470, [www.diakonie-hessen-nassau.de](http://www.diakonie-hessen-nassau.de). Über den Internetauftritt sind die Adressen und Angebote der rDW's zu erfahren. Zuständige Referentinnen in der Landesgeschäftsstelle in Frankfurt: Sonja Linke (Sucht, Allgemeine Lebensberatung), Tel. 069/7947-232, Sylvia Kreußler (Gemeinwesenarbeit, Schuldnerberatung) Tel. 069/7947-322.)

### **3. Richtige Ernährung und satt werden - Ernährung in der Kindertagesstätte**

Oft ist die Kindertagesstätte der einzige Ort, an dem Kinder eine ausgewogene Ernährung erhalten, überhaupt eine warme Mahlzeit einnehmen können und sich einmal am Tag satt essen können. Diesem Bedürfnis tragen viele evangelische Kindertagesstätten mit ihren Angeboten im Bereich Ernährung Rechnung. Es wird in vielen Kindertagesstätten ein warmes Mittagessen frisch zubereitet und darüber hinaus mit den Kindern über das Thema „gesunde Ernährung für einen gesunden Körper“ in Projekten gearbeitet.

In der **evangelischen Kindertagesstätte Regenbogen in Steinbach** werden monatlich 4,50 € pro Kind eingesammelt. Mit diesem Geld wird das Frühstück für alle Kinder finanziert und von der Kindertagesstätte täglich angeboten. Das Frühstück wird altersgemäß und ausgewogen zusammengestellt. Da für alle Kinder das Angebot gleich ist, werden soziale Unterschiede zumindest nicht am mitgebrachten Frühstück deutlich. Alle Kinder können sich (wenigstens) einmal am Tag satt essen. Das Team sorgt für den Einkauf und richtet morgens das Frühstücksbuffet her. Eine Dame aus der Kirchengemeinde bleibt während der gesamten Frühstückszeit (8.30 – 10.30 Uhr) als Ansprechpartnerin bei den Kindern. Sie ist ehrenamtlich tätig und nimmt einmal jährlich an der Belehrung im Rahmen des Lebensmittelhygienegesetzes teil. Sie trägt den sehr schönen Namen **„Frühstücksengel“**.

**Ansprechpartnerin:** Frau Feucht/ Frau Reimann, Ev. KiTa Regenbogen, Untergasse 29, 67449 Steinbach,  
Tel.: 06171/71431,E – mail: [evregenbogenkita@aol.com](mailto:evregenbogenkita@aol.com)

### **4. Leben organisieren und gestalten - Sozialkompetenzen und hauswirtschaftliche Kompetenzen (weiter-) entwickeln und stärken**

Den Alltag z. B. im Freizeitbereich mit Kindern gestalten, den Haushalt organisieren, bewusste Ernährung mit wenig Geld ermöglichen alle diese lebenspraktischen Kompetenzen und noch andere mehr sind zunehmend in jungen Familien wenig oder gar nicht entwickelt. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind von gesundheitlichen Störungen überproportional betroffen. Dazu tragen zum Beispiel falsche Ernährung, Bewegungsmangel und schlechte Umweltbedingungen bei. Die Möglichkeiten für diese Kinder im Freizeitbereich ihr Weltwissen zu erweitern sind sehr eingeschränkt. Alleinerziehende, vor allem junge Frauen fühlen sich überfordert und alleingelassen. Vieles, was früher von Generation zu Generation an lebenspraktischem Wissen weitergegeben wurde, wird heute in den Kleinfamilien nicht mehr gelernt.

In der Projektgruppe Kinder des Studientages wurde die Idee entwickelt hier ein Angebot auf der Ebene der Kirchengemeinden zu installieren. Viele Gemeindehäuser verfügen über eine Küche. Denkbar wäre es, dass man das Wissen der älteren Gemeindeglieder, vor allem der Seniorinnen, über die Zubereitung einfacher, Kosten sparender Mahlzeiten und über die Zubereitung saisonaler Produkte (z.B. Gemüse und Obst) viel wissen an jüngere Familien weiterzugeben.

Ein gemeinsamer Kochkurs unter dem Motto „**Was Großmutter noch wusste**“ würde sowohl Wissen transportieren als auch Generationen in der Kirchengemeinde in Kontakt bringen.

Frau Irene Finger vom DW in Darmstadt hat ein Projekt mit dem Titel „**Auskommen mit dem Einkommen**“ – **Den Alltag mit Kind/ern und Familie gut gestalten.** entwickelt. Das Angebot könnte durch Vernetzung mit Kirchengemeinden und Kindertagesstätten regional angeboten werden. So könnte die Kindertagesstätte entsprechenden Bedarf ermitteln, Räumlichkeiten (evtl. in der Kirchengemeinde) organisieren und das Angebot könnte während der Öffnungszeiten der KiTa stattfinden, sodass die der Teilnehmenden betreut wären.

„Die Zielsetzung ist im Bereich der Förderung von **Sozialkompetenzen und der hauswirtschaftlichen Schulung** anzusiedeln. Die Teilnehmenden erfahren Unterstützung bei der (Wieder-) Entdeckung von vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen – generell und in Zusammenhang mit der Gestaltung des Lebens mit Kindern.“ (aus , I.Finger, Kursbeschreibung des Projekts).

Es werden Module zu den Bereichen:

- Kind/er und Familie
- Wenn das Geld nicht reicht...
- Einkaufen will gelernt sein
- Nahrungszubereitung
- Textilien einkaufen und pflegen
- Wohnung gestalten und pflegen
- Pfade durch den Behördenschwungel
- (Klein-) Kindererziehung
- Hinweise und Angebote/ Kurse anderer Anbieter

angeboten.

**Ansprechpartnerin:** Irene Finger, Regionales Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg, Außenstelle Groß-Umstadt, Realschulstr. 7, 64823 Groß-Umstadt, Tel.: 06078/789566, E-mail: [finger@dw-darmstadt.de](mailto:finger@dw-darmstadt.de)

## 5. Preisgünstige Bekleidung – ein Thema mit vielen Facetten

Kinder wachsen und zwar manchmal sehr schnell. Das bedeutet für Familien in finanziell schwierigen Situationen, dass es nicht immer möglich ist den Bedarf an angemessener Kleidung zeitnah oder überhaupt zu decken. Aus diesem Grund gibt es in Evangelischen Kindertagesstätten schon heute eine Vielzahl an Kleiderbasaren, die vor allem den Bedarf an gut gebrauchter Kinderbekleidung zu kleinen Preisen decken. Darüber hinaus bieten viele Evangelische Kirchengemeinden so genannte Kleiderkammern an. Auch hier kann der Bedarf an Bekleidung für Erwachsene und Kinder gedeckt werden. In beiden Fällen werden Würde und Selbstachtung der Menschen dadurch ernst genommen, dass sie die gebrauchten Kleidungsstücke bezahlen und nicht geschenkt bekommen. Eine Aufgabe der Kindertagesstätten könnte es hier sein über die bestehenden Angebote zu informieren und Veranstaltungen, wie z.B. Basare zu organisieren. Eine wichtige zweite Aufgabe ist es aber auch in der pädagogischen Arbeit in der KiTa selbst ein verändertes Bewusstsein „zum Umgang mit gebrauchten Dingen“ zu entwickeln. Nicht nur das Trennen von Verbrauchsmaterialien, der Komposthaufen und das Wassersparen sind Aspekte einer umweltbewussten Erziehung auch das Nutzen von gebrauchter Kleidung gehört dazu. In einer Gesellschaft, in der es vor allem „ex und hopp“ heißt und Menschen sich über Markenbekleidung definieren ist dieses Thema ein wichtiger Auftrag an KiTa. Nutzung von gebrauchter Kleidung ist Ressourcen schonend, trägt zur Kostenersparnis bei und kann Spaß machen, was ja viele Erwachsene, die sehr gerne Second -Hand -Läden und Flohmärkte aufsuchen, beweisen.

In der Evangelischen Kirchengemeinde in Pfungstadt gibt es eine Kleidersammlung in der für Kinderkleidung geworben wird. Die gesammelten Kleider werden als Wechselkleider (bei Verschmutzung, Einnässen etc.) im Alltag in der Kindertagesstätte genutzt. Danach werden die Kleidungsstücke nicht mehr von den Eltern zurückgefordert und stillschweigend akzeptiert, dass sie in den Besitz der Familien übergehen. Einzige Bedingung der KiTa ist es, dass die Kinder die Kleidung auch weiterhin tragen.

**Ansprechpartnerin:** Frau Barbara Jacobs, Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Odenwaldstr. 7, 64319 Pfungstadt, Tel.: 06157/990204, E-Mail: [d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de](mailto:d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de)

Im Evangelischen Kindergarten der Melanchthon Kirchengemeinde in Mainz werden Basare für Kinderbekleidung angeboten. Übrig gebliebene Bekleidung wird dem Kindergarten zur Verfügung gestellt. Dadurch kann Kindern Wechselkleidung angeboten werden, auch wenn sie von zu Hause keine mitbringen können. Darüber hinaus wurde angeregt, dass übrig gebliebene Kleidung auch umliegenden Kindertagesstätten in der Nachbarschaft oder auch im gesamten Gebiet der EKHN, in denen Bedarf besteht, überlassen werden könnte, um so die Nutzung der Angebote zu erweitern.

**Ansprechpartnerin:** Gisela Groth, Evangelischer Kindergarten der Melanchthon Kirchengemeinde, Beuthener Str. 39, 55131 Mainz, Tel.: 06131/573355 E-mail: [melanchthonkiga@gmx.de](mailto:melanchthonkiga@gmx.de).

# Projekte für Jugendliche und Erwachsene – Anregungen und Erfahrungen

## „Integration statt Ausgrenzung“

Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Kirche mit gesellschaftlichen Partnern zur Unterstützung von jugendlichen und erwachsenen Erwerbslosen zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund wurden vorhandene Initiativen und Kooperationsprojekte von Gemeinden und anderen kirchlichen Einrichtungen vorgestellt. Diese sollten vor allem unter dem Aspekt diskutiert werden, ob und wie sie übertragen und gfs. in Kooperation mit außerkirchlichen Partnern weiterentwickelt werden können, um Anregungen und Hilfestellung zu bieten für andere, die in diesem Bereich gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen wollen.

In dieser Gruppe vertreten waren Fach- und ProfilstelleninhaberInnen aus vier verschiedenen Dekanaten, Gemeindepfarrer, Mitglied des Mainzer Stadtrats, der Leiter des Job Centers in Mainz, Gewerkschaftsvertreter und Mitarbeiterinnen aus dem ZGV.

### **Das war den Teilnehmenden in dieser Gesprächsrunde wichtig:**

Trotz der hohen Arbeitslosenquote und der überwiegend strukturellen Ursachen von Arbeitslosigkeit wird das Thema Arbeitslosigkeit immer noch vielfach tabuisiert und individualisiert. Dies gilt sowohl für ländliche Regionen und dörfliche Strukturen als auch für bürgerliche (und damit typisch kirchliche?) Milieus in den Städten. Arbeitslosigkeit wird deshalb von den Betroffenen selbst oft verschwiegen. Es ist schwer mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Gemeinden und Dekanate sowie gesamtkirchliche Einrichtungen können viel dazu beitragen das **Thema öffentlich** zu machen und die gemeinsame Verantwortung zu betonen. Dies kann durch Beiträge in Gemeindebriefen und Gesprächsangebote, durch das Anbieten von Räumen, durch thematische Gottesdienste bzw. das Einbeziehen des Themas in Predigten und Fürbitten und schließlich durch Veranstaltungen in Gemeinden und Dekanaten sowie kirchliche Beteiligung an Kooperationsprojekten geschehen.

Kirche hat als Gesprächspartnerin für Arbeitslose und als Kooperationspartner in Bündnissen eine Art Vertrauensvorschuss, den es zu nutzen gilt. Da sie als Partnerin ohne eigene Interessen gesehen wird, fällt ihr in Bündnissen oft die Moderatorenrolle zu (Beispiel Opel Solidaritätskomitee).

Besonders wichtig waren den Beteiligten folgende Punkte

- Sachliche Information für die Betroffenen und die Öffentlichkeit über die Ursachen von Arbeitslosigkeit und über die Folgen, die sich für einzelne Menschen sowie für Familien aber auch für Sozialstrukturen daraus ergeben, können dazu beitragen, das Thema zu Enttabuisieren.
- Die gesellschaftliche Spaltung nimmt zu. Die Leute isolieren sich und begegnen sich immer weniger. Die von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen brauchen Gelegenheit zum Austausch und gegenseitiger Stärkung. Dies ist eine Aufgabe, die Gemeinden und andere kirchliche Einrichtungen ergänzend zu staatlichen Einrichtungen übernehmen können und die im Interesse der Betroffenen dringend erforderlich ist.
- Wichtig ist es, mit den möglichen Angeboten und Projekten an der konkreten Lebenssituation der Menschen anzusetzen. Ansatzpunkte dazu können sein: die Nachbarschaft, die Kinder etc.
- Dabei sollen ohne übertriebenen Optimismus gemeinsam Perspektiven für und mit den Betroffenen entwickelt werden, die aus der Ratlosigkeit und Resignation herausführen.
- Kirche kann dazu beitragen, Sensibilität dafür zu entwickeln und zu vermitteln, dass Menschen ohne Erwerbsarbeit nicht nur über dieses „Defizit“ definiert und angesprochen werden sondern dass Möglichkeiten gesucht und gemeinsam entwickelt werden müssen, die sie als Menschen respektieren und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- Aus der Erkenntnis, dass Arbeitslosigkeit als Problem meistens nicht allein bleibt, ist professionelle Beratung und Unterstützung auch in anderen Bereichen wichtig (z.B. präventive Schuldnerberatung, Familienberatung z.B. zu der Frage, wie man Kinder- und Jugendliche einfühlsam dabei unterstützen kann, mit der schwierigen Situation für die Familie umzugehen, psychologische Betreuung).
- Wichtige Akteure wie Job Center, Schulen, Kommunen und die Kirchen sollten sich noch mehr vernetzen. Arbeitslosigkeit wird auch mittel- und langfristig nicht auf Null zu reduzieren sein.
- Neben der diakonischen oder karitativen Arbeit ist auch politische Arbeit und Beteiligung an der gesellschaftlichen Debatte seitens der Kirche unerlässlich.

## Erfahrungen aus bestehenden Angeboten und Projekten im kirchlichen Bereich

### 1. Angebote für Jugendliche

Ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist nach wie vor die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstverantwortliches Leben. Im Folgenden zwei kirchliche Beispiele, wie Jugendliche auf dem Weg in die Arbeitswelt begleitet und unterstützt werden.

#### Jugendwerkstatt Gießen: Chancen entdecken - Zukunft eröffnen

In Gießen unterstützt die Jugendwerkstatt Gießen e.V. seit 1982 arbeitslose Jugendliche beim Ausbildungs- und Berufseinstieg.

Angefangen hat alles mit einer kleinen Fahrradwerkstatt für sieben Jugendliche in Gießen. Heute gibt es jährlich für mehr als 350 zum weitaus überwiegenden Teil junge Menschen bis 25 Jahren ein Angebot der Unterstützung in Form von: **Berufsvorbereitung, Berufsorientierung, Ausbildung oder qualifizierender Beschäftigung** in einem breiten Tätigkeitsspektrum. Folgende Qualifizierungs- und Ausbildungsbereiche werden angeboten: Metallbearbeitung, Holzbearbeitung, Elektrotechnik, Fahrradmechanik, Renovierung/Gestaltung, Textil, Hauswirtschaft/Service, Küche/Kantine, Bau/Ausbau, Forst/Gartenbau, Transport/Logistik, Verwaltung/Verkauf.

Die Jugendwerkstatt setzt an den Stärken der Jugendlichen an und entwickelt diese gemeinsam weiter. Sie fragt nicht nach Fehlern und Misserfolgen der Vergangenheit, sondern nach Zielen, Fähigkeiten, Wünschen und Hoffnungen für die Zukunft.

Sie hat sich von Anfang an als ein in der EKHN verortetes Projekt verstanden, in dem die Gemeinden und Dekanate Oberhessens eine wichtige Rolle spielen. Sie sind als Mitglieder im Trägerverein die wesentliche Basis der Jugendwerkstatt.

Ohne die hervorragende Vernetzungsarbeit sowohl inner- wie außerkirchlich wäre der erfolgreiche Ausbau der Angebote nicht möglich gewesen. Das Netzwerk besteht aus vielen Kooperations- und Unterstützungspartnern: Stadt, Kreis, Betriebe, Kammern, soziale Dienste, Arbeitsagenturen, Job-Center (GIAG), Schulen, Kirchengemeinden, Dekanate, Kirchenverwaltung, ehrenamtliche MitarbeiterInnen und viele mehr.

Die vielfältige Unterstützung in verschiedenster Form aus diesem Netzwerk ermöglichte erst die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre. Helfen kann dabei jede und jeder nach seinen Möglichkeiten und Kräften, durch Patenschaften, ehrenamtliche Mitarbeit und durch Spenden.

Mehr Informationen zur Jugendwerkstatt finden Sie unter [www.jugendwerkstatt-giessen.de](http://www.jugendwerkstatt-giessen.de)

Ansprechpartner: Pfarrer Christoph Geist, Pfarrstelle oberhessische Qualifizierungsprojekte, Alter Krofdorfer Weg 4, 35398 Gießen, Tel: 0641 / 9310013, E-Mail: [christoph.geist@jugendwerkstatt-giessen.de](mailto:christoph.geist@jugendwerkstatt-giessen.de)

## **Arbeitskreis St.ar.k - Ehrenamtliches Engagement für SchülerInnen im Übergang Schule Beruf**

Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen ist eine wichtige Aufgabe, die oft genug von Schule oder Elternhaus allein nicht zufrieden stellend gemeistert werden kann. Hier haben sich in den letzten Jahren Patenschaftsmodelle und Schulnetzwerke entwickelt, um diesen Prozess zu begleiten und die Chancen Für Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen. Im Folgenden wird das Projekt St.ar.k vorgestellt.

St.ar.k ist ein Netzwerk verschiedener kirchlicher Gemeinden in Südhessen, die Jugendliche in Ausbildung begleiten bzw. zusätzliche Ausbildungsplätze in ihren Gemeinden suchen. Die lokalen Initiativen werden vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN in Kooperation mit dem Unternehmerverband Südhessen e.V. zusammengeführt.

### **Von der Leere zur Lehrstelle**

Mit diesem Slogan versuchen mittlerweile Kirchengemeinden aus Darmstadt, Weiterstadt, Babenhausen, Groß-Umstadt, Reinheim, Messel, Roßdorf, Michelstadt, Heppenheim und Seeheim-Jugenheim in ganz unterschiedlicher Art und Weise Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu helfen.

Ein wichtiges Bindeglied bei diesem Prozess sind die lokalen „**Paten**“.

- Sie sind Ansprechpartner für die Betriebe.
- Die Betriebe schätzen sie als Mediator bzw. Vermittler, sollte es während der Ausbildung zu Schwierigkeiten kommen.
- Sie sind für die Jugendlichen unabhängige Ansprechpartner, da sie unbelastet vom Generationenkonflikt im Elternhaus oder von der Notengebung auf sie zugehen können. Durch ihren ehrenamtlichen Einsatz für die Jugendlichen können sie neue Zugangswege nutzen, um sie beispielsweise mit Bewerbungstraining für die Ausbildung fit zu machen.
- Sie initiieren in ihren Kommunen Runde Tische mit Gewerbevereinen, Bürgermeistern, Parteien, Lehrern, Gewerkschaften, um gemeinsam die Ausbildungssituation vor Ort zu verbessern.
- Sie arbeiten in den Schulen zunehmend auch mit Lehrern und Eltern zusammen.
- Sie initiieren Gottesdienste zu diesem Thema
- Sie arbeiten in kommunalen Bildungsbeiräten mit
- Sie kooperieren mit anderen Initiativen (Strahlemann-Initiative, SymPaten)

Weitere Informationen zu St.ar.k und den einzelnen lokalen Netzwerken für Ausbildung finden Sie unter [www.netzwerk-stark.de](http://www.netzwerk-stark.de)

Ansprechpartnerin: Heike Miehe, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Ostendstr. 59, 60314 Frankfurt, Tel: 069-48982815; Fax: 069-440664, E-Mail: [h.miehe@zgv.info](mailto:h.miehe@zgv.info)

## 2. Angebote für Erwachsene

Durch verstärkten Arbeitsplatzabbau (z.B. Opel Rüsselsheim, Linde Kostheim, Rowenta Erbach im Odenwald) und durch Hartz IV ist der Beratungs- und Handlungsbedarf im Problemfeld Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Hierüber sind neue kirchliche Angebote und Projekte entstanden.

Im Folgenden werden drei ökumenische Projekte vorgestellt, die im Zusammenhang mit Arbeitsplatzabbau entstanden sind.

### Kompass – Arbeitslosen-Treff Odenwald

Als 2005 bekannt wird, dass Rowenta wegen Produktionsverlagerung nach China 400 Arbeitsplätze abbauen wird, werden die Kirchen vor Ort aktiv. Über den Betriebsrat laden sie die Betroffenen ein. Ab September 2005 kommen seitdem ca. zwanzig bis dreißig Menschen zu den 14-tägigen Treffen ins Katholische Gemeindezentrum St. Sophia, Hauptstraße 42 in Erbach.

Initiatoren und Träger der Treffen sind:

- das Katholische Dekanat Erbach
- das Evangelische Dekanat Erbach
- die Regionalstelle für Arbeitnehmer/innen und Betriebsseelsorge Darmstadt
- die Allgemeine Lebensberatung – Caritasverband Darmstadt, Außenstelle Erbach
- sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund, Kreisverband Odenwaldkreis

Das Angebot des Arbeitslosentreffs ist vielfältig und besteht aus:

- **Gesprächen** mit anderen Betroffenen beim zwanglosen Frühstück
- **Beratung** in wirtschaftlichen Notlagen
- **Unterstützung** bei der Suche nach Lösungen in persönlichen Notsituationen
- **Anleitung** zur Selbsthilfe
- **Vorträge von Referenten** zu speziellen Themen
- **Hilfe** bei der Stellensuche am Arbeitsmarkt
- **Individuelles** Bewerbungstraining
- **Klärung** von arbeits- und sozialrechtlichen Fragen
- **Abbau** von Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen
- **Hilfe** bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen am Computer

Weitere Informationen über die Aktivitäten und Angebote des Arbeitslosen-Treffs finden Sie unter [www.kompass-erbach.de](http://www.kompass-erbach.de)

Ansprechpartnerin: Dr. Susanne Dungs, Evangelisches Dekanat Erbach, Tel. 06068 / 941874, Fax: 06068 / 941873, E-Mail: [susanne\\_dungs@yahoo.de](mailto:susanne_dungs@yahoo.de)

## Café Regenbogen in Mainz-Kostheim

„Aufgeschreckt durch die drohende Schließung des LINDE-Standortes Kostheim, die den Verlust von über 800 Arbeitsplätzen mit sich bringt, bietet eine Initiative der katholischen und evangelischen Kirchen in AKK betroffenen Menschen Unterstützung an. Regelmäßiger Treffpunkt ist das Café Regenbogen in der Evangelischen Stephanusgemeinde.

Die Initiative kann keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Sie will Ansprechpartner sein für Menschen, die ihre Arbeit verloren haben und, soweit es geht, praktische Unterstützung leisten. Betroffene Menschen sollen zusammenkommen, gemeinsam nach neuen Wegen schauen und sich gegenseitig unterstützen.

Der Treffpunkt für Arbeitsuchende im Café Regenbogen ist mit einem Computer ausgestattet, z. B. zum Schreiben von Bewerbungen.

Die Initiative wird erstmalig bei der Firma LINDE aktiv. Für die Mitarbeiter steht auf dem Werksgelände ein Raum zur Verfügung, wo sie vertraulich über alles sprechen können, was sie beruflich und persönlich belastet. Geschulte Gesprächspartner der evangelischen und katholischen Kirchen stehen zur Verfügung.

Adresse: Treffpunkt Café Regenbogen, Evangelische Stephanusgemeinde, Linzer Str. 7, 55246 Mainz-Kostheim, Tel. 06131 / 61824 (Pfarrbüro)

Öffnungszeiten: jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat, 10 bis 12 Uhr

Mehr Informationen unter: [www.bistummainz.de/bm/dcms/sites/pfarreien/dekanat-mainz-stadt/kostheim-maria-hilf/index.html](http://www.bistummainz.de/bm/dcms/sites/pfarreien/dekanat-mainz-stadt/kostheim-maria-hilf/index.html)

Ansprechpartner:

Volkhard Guth, Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung, Dekanat Rüsselsheim, Tel. 06142 / 175211, E-Mail: [Rheim.Matthaeus@t-online.de](mailto:Rheim.Matthaeus@t-online.de)

Pfarrer F. Pötz, Evangelische Michaelsgemeinde, Tel. 06131 / 63741

Diakon Chris R.L. Jones, Katholische Pfarrei Maria Hilf, Tel.: 06131 / 63742

## Opel-Solidaritäts-Komitee Rüsselsheim

In Rüsselsheim hat der Inhaber der Profilstelle Gesellschaftliche Verantwortung in Kooperation mit katholischen Partnern, Gewerkschaften etc. Menschen begleitet und unterstützt, die z.B. von dem umfangreichen Stellenabbau bei Opel betroffen waren.

Ausgangspunkt für die Arbeit der Pfarrstelle Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Rüsselsheim war der Abbau von mehr als 3300 Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe im Bereich des gesamten Dekanats innerhalb eines Jahres. Seit dem Herbst 2004 war die Einrichtung eines Opel-Solidaritäts-Komitees ein Versuch, diese tief greifenden Veränderungsprozesse in der Region öffentlich zu machen und die Gespräche im Vorfeld des Arbeitsplatzabbaus kritisch zu begleiten. Dieses Komitee bestand aus einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. Es wurde gemeinsam von den beiden Kirchen und der IG-Metall Darmstadt gegründet; mitgetragen wurde es jedoch auch von Vertretern der regionalen Wirtschaft, von ehemaligen Betriebsratsmitgliedern und einzelnen Vertretern der Parteien.

Neben dem Herstellen einer überregionalen Öffentlichkeit, der Informationsweitergabe an Kirchengemeinden und kirchliche Mitarbeiter/innen ging es natürlich auch um die Begleitung der betroffenen Menschen. Das Solidaritätskomitee hielt in diesen Wochen sowohl den ständigen Kontakt zum Betriebsrat vor Ort, wie auch zum Management von GM-Europe in Zürich.

Nach der Überführung der Arbeitnehmer/innen in die BQG blieben die Mitglieder des Komitees im kritischen Gespräch mit den Verantwortlichen dieser BQG. Ebenso führten sie jedoch auch die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der Banken in der Region zusammen, um bei diesen auf einen für alle Beteiligten fairen Umgang mit den vom Konzern geleisteten Abfindungszahlungen zu drängen. Dieses Gespräch führt dazu, dass die führenden Banken sich hier zu einem einheitlichen Umgang mit den Betroffenen entschlossen haben.

Ansprechpartner:

Volkhard Guth, Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung,  
Ev. Dekanat Rüsselsheim, Tel. 06142 / 175211

## Internetumfrage des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung bei Hartz-IV EmpfängerInnen

### „Das Geld reicht zum Überleben aber nicht zum Leben“

- „Möglichst keine Arztbesuche mehr, Schulausflüge, Kleidung, Freizeit, entweder Schulbücher oder Lebensmittel“.
- „Wenig zu essen, kein Urlaub, kaum kulturelle Veranstaltungen, von der Hand in den Mund, Kinder müssen leiden!!! Sie fragen, wann sie ihr Taschengeld bekommen“.
- „Der Regelsatz ist zu niedrig ... auch die Gesundheitsreform seit 04 ist eine echte Härte für Langzeitarbeitslose, da muss ich oft überlegen, ob ich zum Arzt gehe, oder mir etwas zu essen einkaufe, weil der Kühlschrank leer ist“.
- „Keine vernünftigen Anzihsachen zu haben und bei Lebensmitteln nur das Billigste kaufen zu müssen“

Diese Aussagen sowie die Überschrift sind aus der Hartz IV Befragung des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN entnommen. Alleinlebende Menschen, die von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe leben müssen, erhalten lt. Regelsatzverordnung monatlich 132,71 € für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren. Das heißt, sie können täglich etwa 4,40 € dafür ausgeben. Kinder bis 14 Jahren erhalten davon 60%, also täglich ca. 2,65 €, Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren 80% d.h. ca. 3,54 € und junge Erwachsene sowie zusammenlebende Erwachsene 90 % bzw. ca. 4 € pro Tag. Mal eben schnell ein Eis essen gehen, sich mit den Schulkameraden einen Döner holen oder in der Pause in der Schulkantine sich etwas besorgen, ist damit nicht drin.

Ansprechpartnerin:

Marion Schick, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN,  
Ostendstr. 59, 60314 Frankfurt a.M., Tel: 069 48 98 28 21; Tel.: 06131 28744 51  
E-mail: [m.schick@zgv.info](mailto:m.schick@zgv.info)

Die Not wächst mitten unter uns. Im Juni 2006 müssen in der BRD insgesamt 7 Millionen Menschen, von diesem Regelsatz leben. Viele Gemeinden und Einrichtungen haben darauf in letzter Zeit mit einem verstärkten Angebot von Tafeln, Suppenküchen reagiert. Ein Projekt soll hier exemplarisch vorgestellt werden.

### **Hungener Tafel – Mehr als nur Lebensmittel ausgeben**

Die Tafel wurde am 6. Oktober 2005 im Obergeschoss des Hungener Kulturzentrums „Alte Schule“ mit 40 ehrenamtlichen HelferInnen eröffnet.

Gegen einen Kostenbeitrag von 1 € können seitdem dienstags und donnerstags ab 14.00 Uhr Leute mit geringem Einkommen Lebensmittel abholen. Ein Angebot, das mittlerweile von wöchentlich ca. 250 Menschen genutzt wird.

#### **Rahmenbedingungen für den Einkauf**

- Wer bei der **Hungener Tafel** einkaufen möchte, benötigt eine Kundenkarte.
- BezieherInnen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe, einer kleinen Rente oder anderen geringen Einkünften erhalten diese Karte beim Diakonischen Werk Gießen oder im Pfarramt Hungen.
- Bei jedem Einkauf muss die Kundenkarte vorgelegt werden.
- Es können so viel Lebensmittel ausgegeben werden, wie aus Spenden zur Verfügung stehen.
- Die Abgabemenge richtet sich nach der Personenzahl, die ebenfalls auf der Karte vermerkt ist.
- Ein Anspruch auf bestimmte Lebensmittel besteht nicht.

Über die Vergabe der Lebensmittel hinaus wird seit Mai 2006 Mittwochmittags gemeinsam gekocht und gegessen. Unter dem Motto „Gemeinsam kochen – voneinander erfahren“ möchte man Gelegenheit geben, sich gegenseitig besser kennen zu lernen und dabei Kochkenntnisse und Haushaltstipps darüber auszutauschen, wie man auch mit geringen finanziellen Mitteln sich und seine Familie gesund ernähren kann.

Mehr Informationen zur Hungener Tafel finden Sie unter [www.hungener-tafel.de](http://www.hungener-tafel.de).  
Allgemeine Informationen zum Tafelmodell beim Bundesverband Deutsche Tafel: [www.tafel.de](http://www.tafel.de).

Zu empfehlen ist weiterhin die Broschüre „Ich hatte Hunger und ihr habt mir zu essen gegeben“, eine diakonische Handreichung für evangelische Kirchengemeinden, der Diakonischen Werke der Evangelischen Kirche Pfalz, Rheinland und Hessen Nassau. Zu beziehen über Pfarrer Albrecht Bähr, Beauftragter der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz, Tel. 06131 / 6299740, E-Mail: [sekretariat@dw-rlp-a-baehr.de](mailto:sekretariat@dw-rlp-a-baehr.de).

Ansprechpartnerin: Dr. Annette Gümbel, Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung, Ev. Dekanat Grünberg, Ludwigsburg 1, 35423 Lich, Tel. 06404 / 6580335, Fax: 06404 / 205914, E-Mail: [schaeferguembel@aol.com](mailto:schaeferguembel@aol.com)